

## „Museen als Schaufenster in die neue Welt. Im Blick: Migration und Flucht“

### 17. November 2016: Migration, Diaspora und städtische Transformation

**Workshop A mit Dr. Wolfgang Bautz (Fachberatungsdienst Zuwanderung, Integration und Toleranz im Land Brandenburg – FaZIT). Impulsreferat: „Flüchtlinge in ländlichen und städtischen Kommunen – Chance oder Zumutung? Wie gelingen neue Nachbarschaften?“**

#### **Input und Diskussion im Workshop:**

FaZIT hat gegenwärtig 19 MitarbeiterInnen und arbeitet mit gut 65 Ehrenamtlichen zusammen. Die Einrichtung versucht seit 1992 an verschiedenen Stellen des Landes Brandenburg in das Integrationsgeschehen durch Schulungen, Beratungen und Projektarbeit einzugreifen. Gegründet wurde FaZIT in einer ähnlichen Situation wie sie sich noch heute darstellt. Seinerzeit hatte Deutschland 500.000 Flüchtlinge aus dem damaligen Jugoslawien aufgenommen und zumindest in Brandenburg gab es eine sehr angespannte Situation, weil auf keinerlei Strukturen zurückgegriffen werden konnte. Damals gab es eine „eisige Front“ gegenüber den Menschen, die nach Brandenburg kamen. Viele Einheimische hatten selber eine ungewisse Zukunft und mit sich selbst zu tun. Im Vergleich dazu fällt heute auf, dass sich in Brandenburg eine Vielzahl von Bürgerinnen und Bürgern in der Begleitung und Betreuung von Geflüchteten engagiert.

Alle Teilnehmenden stellen sich kurz vor: Eine Teilnehmerin der Bundeskanzler Willy Brandt-Stiftung setzt sich in der Stiftung dafür ein, dass in Berlin für Geflüchtete und MigrantInnen ein Programm entwickelt wird. Außerdem unterrichtet sie Deutsch als Fremdsprache und bietet ihren SchülerInnen im Museum Führungen in leichter Sprache an. Eine weitere Teilnehmerin ist Volkshochschuldozentin („Deutsch für Eltern“) und arbeitet in der Filmproduktion, aktuell für das 7. Kurdische Filmefestival. Eine Mitarbeiterin von BVBK Potsdam berichtet von diversen Kunstprojekten der Mitglieder, die sich mit der Integration von Flüchtlingen beschäftigen. Eine Kunsthistorikerin und –pädagogin arbeitet für die Galerie und das Museum Pankow sowie bei einem Kunstprojekt mit Geflüchteten in Tempelhof. Sie interessiert die Vernetzung in die Bezirke und die Verknüpfung zwischen Sprachgebrauch und kunstpädagogischen Inhalten. Eine andere Kunsthistorikerin arbeitet an einer Dialogplattform für einen transnationalen Kulturbegriff. Wie kann ein neues kulturelles Verständnis in einer breiteren Öffentlichkeit kommuniziert werden? Im IRS forscht eine Wissenschaftlerin dazu, wie Städte mit Migration umgehen und eine weitere anwesende Person forscht zu neoliberalen Vorstellungen von Integration. Eine Ethnologin hat früher im FHXB Museum in einem partizipativen Ausstellungsprojekt gearbeitet und arbeitet aktuell beim Museum Neuruppin. Hier wird das Projekt „Durcheinander“ entwickelt, das unter anderem syrische Geflüchtete einbezieht. Eine weitere anwesende Wissenschaftlerin studiert zurzeit Stadt- und Regionalplanung an der TU Berlin und ist als studentische Hilfskraft in die Tagung eingebunden. An der Universität in Athen lehrt eine heute anwesende Wissenschaftlerin und ist in internationale Netzwerke von Stadt- und Universitätsmuseen eingebunden. Wenn wir über Migration reden, betreffe das alle Museen und nicht nur einige wenige. Eine mit am Tisch sitzende Kollegin des Museum FHXB arbeitet an der Erweiterung der Dauerausstellung um Geschichten von geflüchteten Menschen.

Wolfgang Bautz beginnt mit einem Input aus der Praxis (bewusst nicht theoretisch-analytisch), der die Brandenburger Perspektive widerspiegelt. Diese unterscheidet sich deutlich von der Großstadt Berlin, wo sowieso Menschen aus anderen Ländern angezogen und in ganz unterschiedliche Milieus

gebracht werden. Brandenburg „erhält“ nach der Verabredung der Bundesländer ca. 3,2 % der Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen. Viele Jahre kamen nur relativ wenige Flüchtlinge nach Brandenburg. In vielen Landkreisen wurden die Unterkünfte für Flüchtlinge daher immer kleiner, immer weniger und im Zuge dieser rückläufigen Zahlen schloss 2012 ein Landkreis die bis dahin bestehende Gemeinschaftsunterkunft und brachte die Geflüchteten ausschließlich in Wohnungen unter. Diese Situation hat sich seit dem Frühjahr 2013 radikal geändert. Die Flüchtlingszahlen stiegen an (nicht nur aus dem Mittleren Osten). 2014 wurden Prognosen des brandenburgischen Innenministeriums monatlich nach oben korrigiert. Insgesamt wurden in diesem Jahr 6.000 Flüchtlinge aufgenommen, im Jahr 2015 sind in Brandenburg 38.000 Menschen angekommen (28.000 von ihnen wurden auf die Landkreise und kreisfreien Städte verteilt). Die restlichen 10.000 Menschen sind höchstwahrscheinlich weitergewandert. Menschen wurden zu dieser Zeit nur bedingt registriert und in den Unterkünften aufgenommen, die Situation war sehr unübersichtlich. Das war für das Land eine extreme Herausforderung, die nur zu bewältigen gewesen ist, weil BürgerInnen sich in dieser Aufgabe engagiert haben. *„Ich würde sagen, wir haben 2015 ein wirkliches Sommermärchen erlebt, in Brandenburg zumindest. Nämlich das Märchen, dass Menschen sich engagierten für die Unterbringung und die Versorgung von Flüchtlingen.“* Das war nicht nur in den gutsituierten Gemeinden der Fall, sondern auch in kleinen Dörfern. *„Das ist für mich – da kann man drüber streiten – so etwas wie eine Renaissance oder überhaupt eine Geburt von Zivilgesellschaft in vielen brandenburgischen Gemeinden gewesen.“* Vorher habe es das auf Gemeindeebene wenig gegeben. *„Jetzt ist es die Willkommensinitiative, die Wind in den Alltag gebracht hat. Und das ist finde ich eine außerordentliche Erscheinung.“* 2016 gab es bis zum 31.10. im Land Brandenburg circa 9.000 neu aufgenommene Flüchtlinge. Diese Entwicklung hat dazu geführt, dass Flüchtlinge nicht nur in den großen Städten, sondern im gesamten Land Brandenburg untergebracht wurden, da die kommunalen Verwaltungen die bestehenden Möglichkeiten der Unterbringung in kleinstädtisch bzw. ländlich geprägten Gemeinden genutzt haben. Dieses Vorgehen ist nicht bei allen Akteuren auf ungeteilte Zustimmung getroffen und muss zweifellos sehr differenziert betrachtet werden. Dennoch hat sich im Ergebnis eine neue Situation eingestellt: Flüchtlinge leben heute in der unmittelbaren Nachbarschaft von alteingesessenen BrandenburgerInnen und sind somit auch überall – ob Stadt oder Land – im Alltag sichtbar. Der Workshop fokussiert darauf, wie neue Nachbarschaften gestaltet werden können. Bei der Mehrheitsgesellschaft bestehen große Wissenslücken in Bezug auf die Geflüchteten (besonders auf ihre soziale Situation vor der Flucht, auf ihre religiösen Praktiken und auf ihre sonstigen kulturellen Hintergründe). *„Die Geflüchteten sind für uns ein großes unbekanntes Wesen.“* Das macht es schwierig, konkret Aktivitäten zu entwickeln und bietet Raum für Phantasien und Vorurteile, die auch durch die Medien verbreitet werden. „Der muslimische Mann“ wird beispielsweise als Gefährdung für junge, blonde Frauen gesehen. Manche Deutsche hätten die Vorstellung, sie müssten den Geflüchteten „die Regeln“ beibringen, weil sie denken, diese würden aus einer ganz regellosen Welt kommen. Auch diese Denkweisen stellen eine reale Herausforderung dar.

Vor zwei Tagen wurde eine repräsentative Studie der IAB zu den sozialökonomischen Merkmalen der 2014/2015 angekommenen Flüchtlinge veröffentlicht. Es wurden über 2.300 Personen für diese Studie befragt. Es zeigt sich:

- 70% aller Menschen, die nach Deutschland gekommen sind, sind vor gewaltsamen Konflikten und Krieg geflohen. (Davon 44% vor konkreter politischer Verfolgung und Diskriminierung, 36% vor Zwangsrekrutierung, 32% aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Situation. Häufig

treffen mehrere Faktoren zu). Das entscheidet sich natürlich je nach Herkunftsland. Die Geflüchteten aus dem Westbalkan sind vor allem aufgrund ihrer prekären wirtschaftlichen Situation oder aufgrund der erfahrenen Diskriminierung geflohen.

- 58% aller Erwachsenen haben in ihren Herkunftsländern mind. zehn Jahre die Schule besucht (darunter haben 31% die Hochschule absolviert oder einen vergleichbaren Abschluss). 10% haben nur eine Grundschule besucht. 9% haben gar keine Schule besucht. 46% streben an, in Deutschland einen Schulabschluss oder einen beruflichen Abschluss zu erwerben.
- 96% wollen in einem demokratischen System leben. 92% sind für gleiche Rechte für Männer und Frauen in einer demokratischen Gesellschaft.
- „Wenn die Frau mehr Geld verdient als ihr Partner, führt das zwangsläufig zu Problemen“ sagen 29% der Geflüchteten und 18% der Deutschen.
- 81-85% haben Deutschland als Zielland gewählt wegen des demokratischen Systems. 40-43% geben das Wirtschaftssystem und die Bildungssituation als Hauptmotiv an.
- Die sozialen Kontakte sind vorwiegend innerethnisch, aber es gibt auch Kontakte zu Deutschen. Bei einer dezentralen Unterbringung und in kleinen Kommunen ist diese Kontaktintensität deutlich höher.
- Das Asylverfahren dauert bei Personen mit Bleibeperspektive im Schnitt sieben Monate, bei Personen mit unklarer/schlechter Bleibeperspektive 11-24 Monate. Die neue Gesetzgebung vom Frühjahr 2016 ist aus der Perspektive von Herrn Bautz ein Rückschritt was die Integration angeht, weil Personen mit schlechter Bleibeperspektive von Integrationskursen etc. ausgeschlossen werden, obwohl sie sehr lange hier leben. Personen aus Syrien, dem Irak, dem Iran, Somalia, Eritrea haben eine gute Bleibeperspektive. Alle anderen haben eine weniger gute Bleibeperspektive. Die sogenannten „sicheren Herkunftsstaaten“ wurden erweitert um Serbien, Albanien, Montenegro, Mazedonien, Afghanistan.

Manche Menschen leben jahrelang in Deutschland und werden lediglich geduldet. Früher war es unter bestimmten Voraussetzungen möglich, für Familien nach sechs Jahren und für Alleinstehende nach acht Jahren eine dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung zu bekommen. Heute gibt es eine Verschärfung: Abschiebungen werden nicht mehr angekündigt. Gesundheitliche Gründe werden nicht mehr als Abschiebehindernis anerkannt. Vermutlich wird sich die Lage noch weiter verschärfen. Das Land Brandenburg gibt der „freiwilligen Ausreise“ den Vorzug. Von den über 6.000 Personen, die aus Brandenburg abgeschoben werden sollten, wurden im 1. Halbjahr 2016 ungefähr 350 Menschen abgeschoben. Die Tendenz über die letzten zwei Jahre ist steigend. Nach wie vor gibt es eine große Gruppe von ausreisepflichtigen Personen, die aber dieser Aufforderung nicht nachkommen (können). Eine Teilnehmerin vermutet, ein Grund, im Land zu bleiben sei, dass viele schon so lange hier leben. Gerade Familien mit Kindern entwickeln ein immer dichteres Beziehungsgeflecht. Jeder Fall hat ein ganz individuelles Schicksal.

Gute Nachbarschaften haben viel mit der Integration von Geflüchteten zu tun. Das Dilemma ist, dass die Gesellschaft eine möglichst schnelle Integration fordert, während das eigentlich ein Prozess ist, der Generationen braucht. In Norddeutschland gibt es das Sprichwort: „Der ersten Generation den Tod, der zweiten Generation die Not, der dritten Generation das Brot.“ Es gibt in der Wissenschaft viele unterschiedliche Ansätze, Integration zu definieren. Friedrich Heckmann hat dazu ein Modell vorgelegt: Er beschreibt wirtschaftliche, rechtliche, soziale und kulturelle Ebenen der Integration. Hier sieht er durchaus Phasenverschiebungen und widersprüchliche Verläufe. In der öffentlichen Meinung wird unter Integration allerdings häufig verstanden, dass

die MigrantInnen die deutsche Sprache beherrschen, einen minimalen Bildungsabschluss besitzen, erwerbstätig sind und „unsere“ Grundwerte teilen. Damit das gelingen kann, braucht es Rahmenbedingungen. Gleichzeitig besteht das Interesse (auch die asylbedingte) Zuwanderung zu steuern und einzuschränken (Stichwort Obergrenze, Ausschluss von „Wirtschaftsflüchtlingen“). Das wirkt sich auf das Asylpaket II aus (siehe oben: Bleibeperspektiven) und erschwert Möglichkeiten der Integration: Herr Bautz berichtet von einem jungen Afghanen, der aus dem Integrationskurs entfernt wurde, aber trotzdem in Deutschland bleiben wird. Das Integrationsgesetz regelt weitere Einschränkungen wie die Wohnsitzauflage: Personen müssen mit der Anerkennung ihres Asylantrages drei Jahre an ihrem Wohnort bleiben (Ausnahmen sind möglich, wenn woanders ein Arbeitsplatz gefunden wird). Ähnliche Regelungen gab es bei der Aufnahme der SpätaussiedlerInnen, was fatale Folgen für ihre Integration hatte.

Während auf der einen Seite Bäckereien nach Lehrlingen suchen, geht die Geschichte eines jungen Kameruners aus Rathenow durch die Presse, der bereits mit der Ausbildung begonnen hat und nun abgeschoben werden soll. (Wenn es keine schwerwiegenden Gründe gibt, darf eigentlich niemand aus einer Ausbildung heraus abgeschoben werden.) Auch hier gibt es gegenläufige Interessen: Fachkräftemangel vs. Verringerung von Zuwanderung.

In vielen brandenburgischen Orten gibt es Willkommensinitiativen und Kontakte in die Nachbarschaft. Auch kleinere Orte haben das Potential, ZuwandererInnen auf der sozialen Ebene zu integrieren. In Golzow (Oderbruch) kamen im vergangenen Jahr mehrere syrische Familien an. Die Grundschule im Dorf war zuvor von Schließung bedroht, wird nun aber aufrechterhalten, da es mehr schulpflichtige Kinder gibt. Die Eltern haben sich aktiv um diese Familien und Kinder bemüht. Allerdings gibt es in Golzow keinen Zugang zu einem Deutschkurs und kaum Arbeitsmöglichkeiten. Eine Teilnehmerin wundert sich, dass die Eltern so begeistert über die Ankunft von MigrantInnen-Familien waren, weil es in Berlin häufig Konflikte mit „besorgten Eltern“ gibt, z.B. in Neukölln. In diesem Fall überwog die Erleichterung, dass die Schule im Dorf gehalten werden kann. In anderen Orten sind ähnliche Entwicklungen wie in Golzow zu beobachten.

Die Gruppe diskutiert, wie nachhaltig das „Sommermärchen“ des freiwilligen Engagements sein kann. Herr Bautz sieht hier gegenläufige Tendenzen: Viele etablierte Akteure fordern eine Professionalisierung. Im vergangenen Jahr wurden die Tätigkeiten (z.T. auch hoheitliche Aufgaben) von Fachkräften häufig von nicht ausgebildeten und vorbereiteten Freiwilligen übernommen. Gleichzeitig entwickeln Wohlfahrtsverbände wie die AWO Projekte, die auch finanziert werden (z.B. Fahrradreparaturwerkstätten). Die Räume für ehrenamtliches Engagement engen sich hier ein und es wachsen neue Herausforderungen an die Ehrenamtlichen. Heute geht es nicht mehr darum, das erste Ankommen zu organisieren, sondern um schwieriger zu lösende Fragen, die einen langen Atem brauchen und evtl. weniger den Bedürfnissen der Ehrenamtlichen entsprechen. Es ist noch nicht entschieden, wie nachhaltig das Ganze ist. Es ist eine Herausforderung auf kommunaler und lokaler Ebene, die Ehrenamtlichen langfristig zu binden, was auch ein demokratisches und politisches Potential darstellt. Die Motive der Ehrenamtlichen sind sehr heterogen. Manche machen das aus einer solidarischen (z.T. religiös motivierten) Haltung, andere aus einer politischen Motivation. Einige finden darin für sich eine sinnvolle Betätigung. In kleinen Dörfern mit 70 EinwohnerInnen ist sonst nicht viel zu tun.

Gefragt nach Problemen im Miteinander spricht Herr Bautz den missionarischen, „zivilisatorischen“ Eifer der Mehrheitsbevölkerung an, der die Geflüchteten entmündigt. („Die wissen ja nicht, wie es hier geht. Man muss sie an die Hand nehmen.“) Es wird zum Teil nicht anerkannt, dass die Geflüchteten eine eigene Biografie haben, in ihrem Leben schon vieles geleistet haben, eine schwierige Flucht überstanden und evtl. viele Ressourcen haben, sich hier zurechtzufinden. (Abgesehen von bestimmten Informationen und Sprachkenntnissen). Durch die Begegnung ist es möglich, verzerrte Vorstellungen auf beiden Seiten zu überwinden: Die Geflüchteten bekommen ein realistischeres Bild vom Leben in Deutschland und die Alteingesessenen bekommen ein realistischeres Bild von den Geflüchteten. Der Bürgerkrieg in Syrien hat Arm und Reich gleichermaßen getroffen. Die ersten Flüchtlinge, die nach Potsdam-Mittelmark kamen waren zwei syrische Familien: Ein Bauarbeiter mit sieben Kindern und ein Zahnarzt mit drei Kindern. Beide haben ganz unterschiedliche Biografien und Raumvorstellungen.

In Brandenburg werden die Verbände und die zivilgesellschaftlichen Akteure heute durch die veränderte Förderkulisse sehr stark gefördert. In den Jahren davor waren die Bedingungen deutlich komplizierter. Heute besteht das Problem eher darin, geeignetes Personal zu finden. Die Vereine und Verbände entwickeln aus ihrer eigenen Perspektive Projekte, die sie für gut halten, aber es gelingt noch nicht in ausreichendem Maße, die Betroffenen einzubeziehen. Im Museum FHXB wurde diese Erfahrung auch gemacht. Die Mitarbeiterinnen dachten, es ist eine gute Chance, sich in einer öffentlichen Institution ausdrücken zu können. 90% der Projektteilnehmenden sind allerdings nur dabei, weil sie schon mehrere Monate mit den Projektleiterinnen befreundet sind und ihnen einen Gefallen tun wollen. Nur ein Mitbesitzer des Oranienplatzes hat die Gelegenheit genutzt, um seine Geschichte zu erzählen.

Eine Teilnehmerin berichtet aus einem Projekt in Neuruppin: Die Idee ist, einen Begegnungsraum zu schaffen und Stadterkundungen anzubieten. Als Ergebnis sollen sechs Orte ausgewählt werden, die mit Veranstaltungen bespielt werden sollen. Das Neuruppiner Projekt ist durchmischt, von Seiten der Geflüchteten kommen hauptsächlich syrische Männer. Es ist sehr schwierig, die Frauen anzusprechen. Es besteht eine Diskrepanz zwischen der „schönen Idee“ der Kulturarbeit und der dringenden Notwendigkeit nach Wohnraum, Sprachkursen etc. Für viele Geflüchtete ist die drängendste Frage, was aus ihrem Asylverfahren wird. Das ganze Handeln und Denken dreht sich um diese Frage. Aus sozialarbeiterischer Perspektive geht es darum, an den Bedürfnissen und Ressourcen der Menschen anzuknüpfen. Aber die Herausforderung besteht darin, diese zu identifizieren.

In Potsdam Groß-Glienicke gibt es den Künstlerverband Neues Atelierhaus Panzerhalle, der für das benachbarte Flüchtlingsheim Räume zur Verfügung stellt, Spielenachmittage für die Kinder anbietet etc. Hier bieten sich Möglichkeiten, Erlebnisse auf eine nonverbale Art zu verarbeiten. Bisher wurden die offenen Nachmittage wohl sehr gut angenommen. Nebenan gibt es noch ein anderes Atelier, das bildnerisch mit Frauen arbeitet. Dort ist es gelungen, eine Kinderbetreuung zu organisieren und ab und zu helfen SprachmittlerInnen.

In Forst, einer ehemaligen Tuchmacher- und Textilstadt, wurde ein Nähzirkel eingerichtet, zu dem die Frauen regelmäßig kommen und den Zirkel eigenständig weiterführen. In diesem Rahmen findet jetzt auch Deutschunterricht statt. Bei einigen besteht die Sorge, durch einen Nähzirkel traditionelle Rollenbilder zu verfestigen.

Es braucht einen langen Atem, bis Angebote von den Geflüchteten angenommen werden. Wenn den Menschen sichtbar wird, dass sie aus Angeboten einen Nutzen ziehen können, werden die Aktivitäten schneller angenommen. Das gelingt umso besser, je stärker die Angehörigen der Zielgruppe daran beteiligt sind. Bei einer Gruppe ging es darum, sich gegenseitig die eigenen Wohnungsgrundrisse aufzuzeichnen, was den Austausch untereinander angestoßen hat.

Protokolliert von: Anna Loffing